

Nebrner Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Metallmetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 112

Sonnabend, den 20. September 1930

43. Jahrgang

Ein umfangreiches Programm.

Die Arbeiten des neuen Reichstags.

Berlin, 18. September.

Der neue Reichstag wird bei seinem Zusammentritt bereits eine Fülle von Gelegenheitswünschen vorfinden, die der Erledigung harren. Dazu gehören vor allem die Reformen im Wirtschaftsleben, die die Regierung Brünning noch vor den Wahlen fertigstellen wollte, und die bereits den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen sind.

Es handelt sich dabei insbesondere um die Wirtschaftsreform über die Wahlreform und das Reichsverwaltungsgericht. Sehr umfangreich werden auch die aus dem Reichsfinanzministerium kommenden Gesetze sein, von denen das Pensionierungsgesetz bereits vorgelegt und vom Reichskabinett angenommen worden ist. Es kommen dann aber die weiteren Gesetze zur Finanzreform, und im besonderen wird eine Entscheidung über das Schicksal des Steuerereinhaltungsgesetzes getroffen werden müssen, das schon seit Jahren im Reichstag liegt.

Reichsfinanzminister Dietrich legt den größten Wert darauf, den Reichshaushalt so bald wie möglich fertigzustellen, damit er auch in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit dem Reichstag zur Beratung zugehen kann. Zu den neuen Gelegenheitswünschen kommen dann noch diejenigen, die von dem alten Reichstag nicht vollendet worden sind, die aber wieder aufgenommen werden müssen. Es wird eine Frage der nächsten politischen Verhandlungen sein, ob und wie weit die Vorverordnungen in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben oder wie weit sie eine gesetzliche Grundlage erhalten sollen.

Für die Ausgestaltung der Diktate ist noch ein besonderer Gehörtenruf notwendig.

Der Reichstag wird weiter über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu entscheiden haben. Wenn der Vertrag in Kraft treten soll, ist noch nicht zu übersehen, da das Schicksal des polnischen Seins völlig im Dunkel liegt. Von sonstigen neuen Gelegenheitswünschen wird sich der Reichstag befaßen mit einem Nachschußgesetz, mit dem Gehörtenrufen über die Aufsicht der Privatversicherungen und mit der Aktienrechtsreform. Des weiteren muß entschieden werden, wie weit der neue Reichstag die Befugnisse der früheren Reichstages im Hinblick auf die Strafrechtsreform übernehmen will.

Die Reichstagsreform.

Einschränkung der Plenarsitzungen.

Berlin, 19. September.

In politischen Kreisen sind in der letzten Zeit mehrfach Vorschläge über eine Reform der Reichstagsarbeiten erörtert worden. Die Frage der Reichstagsreform wird in der nächsten Zeit auf werden, wenn nämlich, womit gerechnet werden muß, verhandelt wird, die Reichstagsarbeiten zu kürzen. Am Interesse der Würde und der Arbeitsfähigkeit des Parlaments müssen Maßnahmen getroffen werden, die vor allem darauf hinausgehen, die Plenarsitzungen nach Möglichkeit einzuschränken.

Solche Vorschläge wurden bereits gemacht und darauf hingewiesen, daß die Plenarsitzungen des Reichstags viel zu häufig und viel zu lang im Vergleich mit anderen Parlamenten sind. Es gibt ungefähr 200 Sitzungstage von je vier Stunden, also 800 Stunden im Jahr, das bedeutet, daß die Abgeordneten, wenn sie die Sitzungen von Anfang bis zu Ende mitmachen wollen, ein Drittel ihrer Arbeitskraft für das Plenum aufwenden müssen, um Neben zu genießen, die bereits in Ausschüssen gehalten worden sind.

Der Reichstagspräsident Paul Löbe hat sich weiterhin viel längerer Zeit für eingehend mit der Parlamentsreform befaßt. Jetzt wird der Wortlaut einer Rede veröffentlicht, die Löbe vor kurzem gehalten hat, und in der er darauf verwies, daß die alte Technik der Parlamentsarbeit, die die vielen neuen Spezialfragen ebenso behandelt, wie früher die großen Staatsfragen, die großen Weltanschauungsfragen behandelt wurden. Das ist aber heute nicht mehr möglich, dazu sind die Aufgaben zu zahlreich geworden und deshalb ist auch in der parlamentarischen Arbeitsweise eine Umstellung, eine Spezialisierung notwendig.

Wie brauchen eine gesunde Teilung in Deputate, dadurch wird das Plenum des Parlaments entlastet, für die großen Entscheidungen referiert, und das wird seine Arbeitsfähigkeit auch wieder erhöhen.

Am Zusammenhang damit stehen noch weitere Reformpläne, um a. haben auch die großen Ausschüsse gezeigt, daß hier viel Kraft nutzlos verbraucht wird, weil jede Partei Wert darauf legt, ihren eigenen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Immern neue Sammlungsbestrebungen.

Die Suche nach einer starken Mittelpartei.

Berlin, 19. September.

Prominente Politiker vertreten die Meinung, daß es sehr zweckmäßig sein würde, wenn man gegenüber den großen Fraktionen der sozialistischen Parteien und des Zentrums auch eine umfassende, gewichtige bürgerliche Fraktion im Reichstag schaffen könnte.

In diesem Zusammenhang wird behauptet, daß der Führer der D. S. P., Dr. Scholz, die Möglichkeit der bürgerlichen Mittelpartei, Deutsche Volkspartei, Staatspartei und Wirtschaftspartei zusammenzuschließen. Auch

wird das Gerücht verbreitet, daß man zu der vorerwähnten Rechtsfraktion die D. S. P. und die Wirtschaftspartei geben könne, womit eine starke bürgerliche Rechtsfraktion von annähernd 80 Sitzen entstehen würde. Ferner verlautet, Dr. Scholz wolle von der Leitung der Deutschen Volkspartei zurücktreten, nach einer Sitzung des Zentralvorstandes der Partei kurz vor der ersten Reichstags-Versammlung betanzt gegeben werden solle. Als Nachfolger Dr. Scholz für die Parteiführung nennt man die Abgeordneten Dingelböck und von Kardoff.

Schließlich ist noch erwähnt, daß man auch einen Zusammenschluß der Fraktionen Bugenberg und Hiller für möglich hält, um auf diese Weise die stärkste Fraktion im Reichstags zu erreichen, welchen Platz bei Verwirklichung dieser Idee die Sozialdemokratie in der Tat verlieren würde.

Auf diesem Wege wäre es nicht nur möglich, daß die bürgerliche Rechte das Bestehen des Reichstags erhält, sondern auch daß sie die Führung der neuen Reichsregierung beanspruchen könnte.

Hiller über den Wahlkampf.

Der Kampf geht weiter.

München, 18. September.

In dem überfüllten Gebäude des Zirkus Krone sprach Adolf Hiller über das Thema „Nach dem Siege — bindet den Helm fester!“ Hiller begründete in seiner Rede den Eifer der Nationalsozialisten bei den Wahlen vom 14. 9. als einen Anfang im Kampfe für die Erringung der Macht im Staat auf dem legalen Boden der Verfassung und erklärte ferner, daß die Nationalsozialisten Revolutionäre seien, aber nicht Revolutionäre im Sinne eines Putzsches, einer Revolution oder eines Umsturzes, sondern Revolutionäre des Geistes. Bemerkenswert war außerdem, daß Hiller in seiner Rede einige Koalitionsmöglichkeiten in seiner Rede erwähnte, so daß daraus zu schließen ist, daß die Nationalsozialisten sich in dieser Richtung ebenfalls freie Hand vorbehalten wollen. Hiller mochte weiter die C. U. und E. S. Leute, weitere Opfer zu bringen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Der Kampf dürfe keine Sekunde erlahmen.

Der Reichsetat im Juli.

Die Reicheinnahmen und -ausgaben.

Berlin, 19. September.

Nach einer Überlicht des Reichsfinanzministeriums betragen die Einnahmen des Reiches im ordentlichen Haushalt im Juli dieses Jahres 1242,8 Millionen Rm., denen 1044,6 Millionen Rm. an Ausgaben gegenüberstanden, so daß sich eine Mehreinnahme von 197,6 Millionen Rm. ergab. Seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich September liefen sich die Einnahmen auf insgesamt 3644,7 Millionen Rm., denen Ausgaben in Höhe von 3691,9 Millionen Rm. gegenüberstanden, was eine Mehrausgabe von 27,2 Millionen Rm. ergibt.

Zusätzlich eines Fehlbetrages aus den Vorjahren in Höhe von 465 Millionen Rm. war am 31. Juli 1930 im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 492,2 Millionen Rm. vorhanden. Im außerordentlichen Haushalt ergab sich im Juli eine Mehreinnahme von 40,3 Millionen Rm. und für die Zeit seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Juli eine solche von 487 Millionen Rm. Unter Berücksichtigung eines Fehlbetrages aus dem Vorjahre in Höhe von 771,7 Millionen Rm. betrug daher der außerordentliche Haushalt Ende Juli einen Fehlbetrag von 284,7 Millionen Rm. anzufüllen.

Der Kassenbestand bei der Reichsfinanzkasse und den Außenstellen betrug am 31. Juli 1930 44 Millionen Rm., die fällige Schuld 1207,3 Millionen Rm. gegenüber 1387 Millionen Rm. am 30. Juni 1930.

Reichswehrmanöver in Unter-Franken.

Das kleine Heer ist seinen Aufgaben gewachsen.

Rohr, 18. September.

Soll zwei Tagen herrscht in der Gegend zwischen Riffingen, Weiningen und Rohrer Acker im Fränkischen „Zwei feindliche“ Armeen unter der Führung des Generals der Infanterie Hoffe und des Generals der Kavallerie von Kayler sind hier zusammengetroffen, nachdem südlich von Bamberg eine „blaue“ Armee gegen von Weiden vorgeführte „rote“ Kräfte in Gefechtsberührung gekommen war. Diese „blaue“ Kräfte waren in der Nacht zum 16. September gegen die am Main neu gemeldeten „roten“ Truppen in Marsch gesetzt worden. Auch Rot hatte mit neuen Kräften den Vormarsch fortgesetzt, so daß am Morgen des 17. September die von beiden Seiten vorgetriebenen, teils berittenen, teils motorisierten Aufklärungsgruppen zusammenstießen. Der ausgeglichene Beschäftigungszustand beider Armeen gefaltete der Armeeoberführer, sich über das Verhalten und über die Absichten des Gegners ein ziemlich klares Bild zu machen. Um den Vormarsch von Rot zum Stehen zu bringen, war General Hoffe mit dem Ziele der Umgehung des linken Flügels des Gegners eine Kavalleriedivision gegen Weiden vor, der das führte, daß der linke „rote“ Flügel etwa 10 Kilometer zurückgenommen werden mußte. Nach Neugruppierung der Kräfte und Verstärkung des linken Flügels gelang es schließlich der „roten“ Armee, diesen Verlust bis zum Abend des 17. September wenigstens zum Teil wieder auszugleichen. Inzwischen hatten sich aber die beiden Armeen auf der ganzen Linie entzweit und

lieferten sich trotz strömenden Regens einen hartnäckigen Kampf.

Den Aufklärungs- und Nachrichtentruppen fällt bei diesen Übungen eine besonders wichtige Aufgabe zu. Sie haben auf beiden Seiten bisher ausgezeichnet gearbeitet und der Armeeführung in kürzester Frist jede Veränderung auf der Seite des Gegners übermitteln.

Dadurch wurde es möglich, daß trotz der geringen Kräfte, die den beiden Armeeoberführern zur Verfügung stehen, diese in kürzester Frist an den Brennpunkten der Kampflinie eingeleitet werden konnten. An die Beweglichkeit der Truppen einerseits und an die Geschäftsfähigkeit der Führer andererseits wurden dabei besonders hohe Forderungen gestellt. Soweit sich bisher hat überlegen lassen, haben sich alle Führer ihrer Aufgabe in jeder Hinsicht gewachsen gezeigt.

Die neue Formel

Einführung des Paneuropa-Ausschusses beschlossen.

Genf, 18. September.

Die Völkervereinigung hat einstimmig und ohne jede Ausnahme den Antrag sämtlicher europäischer Mächte auf sofortige Einleitung eines aus Regierungsoberleuten sämtlicher europäischer Staaten bestehenden Sonderausschusses zur weiteren Behandlung der Paneuropafrage angenommen.

Der ursprüngliche Antrag ist dahin abgeändert worden, daß der europäische Ausschuss das Recht hat, sowohl förmliche außerparlamentarische Verhandlungen des Völkervereinigung als auch die Regierung der Nichtmitgliedsstaaten, also auch der Vereinigten Staaten, Sowjetrusslands und der Türkei anzuhören. Damit ist die allgemeine Ausdrücke der Völkervereinigung über die Paneuropafrage für dieses Jahr abgeschlossen. Einleitet, der den Antrag zur Abstimmung stellte, wies darauf hin, daß selbstverständlich die Sitzungen des europäischen Ausschusses für förmliche übrigen Mitglieder des Völkervereinigung offenstünden und diese die Möglichkeit hätten, ihren Standpunkt zu äußern. Der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Ausschusses ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Chinas Kandidatur abgelehnt.

Der Versuch der chinesischen Regierung, einen nichtständigen Sitz im Völkervereinigung zu erhalten, ist mißglückt. Die Völkervereinigung hat den Antrag Chinas, noch vor dem tagungsmäßigen Ablauf der dreijährigen Frist von neuem in den Völkervereinigung gewährt zu werden, abgelehnt.

Die zur Erklärung der Wiederwählbarkeit einer Macht notwendige Zweidrittelmehrheit konnte nicht erreicht werden, da China nur 27 von 48 abgegebenen Stimmen erhielt. Die Ablehnung des chinesischen Antrages wird darauf zurückgeführt, daß die gegenwärtigen unversöhnlichen Zustände in China keine genügende Gewähr für eine feste Regierung bilden und deshalb die allgemeine Stimmung in der Völkervereinigung für China nicht günstig war.

Kabinettskrise in Brüssel.

Gefahr einer Teilung Belgiens?

Brüssel, 18. September.

Das belgische Parlament nimmt nun seine Arbeiten wieder auf. Als es in die Ferien ging, war etwas wie Krisenstimmung spürbar. Die Parlamentarier haben daran nichts geändert. Die Vorlage, mit der die Regierung das Unterrichtsministerium des Brüssels und der Rechtschulen im flämischen und wallonischen Gebiet regeln will, hat für die Ablehnung gefunden, und zwar sowohl bei den Sozialisten wie auch bei den Katholiken.

Möglich, daß es hierüber sehr rasch zu einer Kabinettskrise kommen wird. Schon spricht man von der Gefahr einer Teilung Belgiens, die durch diese Krise heraufbeschworen werden könnte.

Das sind zweifellos Liebererregungen. Aber sie charakterisieren doch sehr deutlich die Gefahr der Situation, und da die Sprache gerade in Belgien sowohl für die Flamen wie für die Wallonen wie aber auch für die übrigen eine Brechsprache ist, wird es nicht leicht sein, der drohenden Krise zu entgehen.

Diplomaten revoltieren.

Die brutalen Methoden Moskaus.

Moskau, 18. September.

Die Moskauer Zentralbehörden haben zur allgemeinen Heberaufstellung eine ganze Reihe von Beamten der russischen Handelsabteilung in Paris nach Moskau zurückgerufen. Ganz plötzlich. Aber siehe da, nicht wenige reaktivierten einfach, erklärten, sie verzichteten auf den sowjetrussischen Dienst und blieben in Paris. Daraus ergab sich ein Hauptquartier, also ein Mann, der immerhin einen ziemlich weitgehenden Vertrauensposten bekleidete.

Die Moskauer Zentrale hat einen Entschluß herausgebracht, monad die Russen nur noch für ein Jahr ein Auslandsamt bekleiden dürfen, dann müssen sie — „zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Gesinnung“ — nach Russland zurück.

Wenn ihre Gesinnung „aufgefrischt“ ist, dann können sie wieder ins Ausland gehen. Es ist aber nicht genug, die Russen haben in Paris z. B. ein riesiges Mietshaus für die

Nebräe Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 112 Sonnabend, den 20. September 1930 43. Jahrgang

Ein umfangreiches Programm.

Die Arbeiten des neuen Reichstags.
Berlin, 18. September.
Der neue Reichstag wird bei seinem Zusammentritt bereits eine Fülle von Gesetzentwürfen vorfinden, die der Erledigung harren. Dazu gehören vor allem die Reformentwürfe, die die Regierung während noch vor den Wahlen fertiggestellt hat und die bereits den gelegentlichen Körperschaften zugegangen sind.
Es handelt sich dabei insbesondere um die Gesetzentwürfe über die Wahlreform und das Reichsverwaltungsrecht. Sehr umfangreich werden auch die aus dem Reichsfinanzministerium kommenden Gesetze sein, von denen das Pensionierungsgesetz bereits vorliegt und vom Reichsfinanzministerium angenommen worden ist. Es kommen dann aber die weiteren Gesetze zur Finanzreform, und im besonderen wird eine Entlastung über das Schicksal des Steuererleichterungsgesetzes getroffen werden müssen, das schon seit Jahren im Reichstag liegt.
Reichsfinanzminister Dietrich legt den größten Wert darauf, den Reichshaushalt so bald wie möglich fertigzustellen, damit er auch in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit dem Reichstag zur Beratung zugehen kann. Zu den neuen Gesetzentwürfen kommen dann noch diejenigen, die von dem alten Reichstag nicht vollständig worden sind aber wieder aufgenommen werden müssen. Es wird eine Frage der nächsten politischen Verhandlungen sein, ob und wie weit die Notverordnungen in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben oder wie weit sie eine gesetzliche Grundlage erhalten sollen.
Für die Ausgestaltung der Diktate ist noch ein besonderer Gesetzentwurf notwendig.

Der Reichstag wird weiter über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu entscheiden haben. Wenn der Vertrag in Kraft treten soll, ist noch nicht zu überlegen, ob das Schicksal des polnischen Geis Dollig im Dunkel liegt. Von sonstigen neuen Gesetzentwürfen wird sich der Reichstag befaßen mit einem Reichsfinanzgesetz, mit den Gesetzentwürfen über die Aufhebung der Kreisverordnungen und mit der Aktienreform. Des weiteren muß entschieden werden, wie weit der neue Reichstag die Beschlüsse der früheren Reichstags im Hinblick auf die Strafrechtsreform übernehmen will.

Die Reichstagsreform.

Einschränkung der Plenarsitzungen.
Berlin, 19. September.
In politischen Kreisen sind in der letzten Zeit mehrfach Vorschläge über eine Reform der Reichstagsarbeiten erörtert worden. Die Frage der Reichstagsreform wird in der nächsten Zeit akut werden, wenn nämlich, womit gerechnet werden muß, versucht wird, die Reichstagsitzungen zu sprengen. Im Interesse der Würde und der Arbeitsfähigkeit des Parlaments müssen Maßnahmen getroffen werden, die vor allem darauf hinausgehen, die Plenarsitzungen nach Möglichkeit einzuschränken.
Solche Vorschläge wurden bereits gemacht und darauf hingewiesen, daß die Plenarsitzungen des Reichstags viel zu häufig und viel zu lang im Vergleich mit anderen Parlamenten sind.
Es gibt ungefähr 200 Sitzungstage von je vier Stunden, also 800 Stunden im Jahr, das bedeutet, daß die Abgeordneten, wenn sie die Sitzungen von Anfang bis zu Ende mitmachen wollen, ein Drittel ihrer Arbeitskraft für das Plenum aufwenden müßten, um Nebra anzuhören, die bereits in Ausschüssen gehalten worden sind.
Der Reichstagspräsident Paul Löbe hat sich weiterhin seit längerer Zeit sehr eingehend mit der Reformfrage beschäftigt. Jetzt wird der Vorlauf einer Rede veröffentlicht, die Löbe vor kurzem gehalten hat, und in der er darauf verweist, daß die alte Technik der Parlamente überholt sei, die die vielen neuen Spezialfragen ebenso behandelt, wie früher die großen Staatsfragen, die großen Weltanschauungsfragen behandelt wurden. Das ist aber heute nicht mehr möglich, dazu sind die Aufgaben zu zahlreich geworden und deshalb ist auch in der parlamentarischen Arbeitsweise eine Einschränkung, eine Spezialisierung notwendig.
Wir brauchen eine gesunde Teilung in Deputate, dadurch wird das Plenum des Parlaments entlastet, für die großen Entscheidungen referiert, und das wird seine Arbeitsfähigkeit auch wieder erhöhen.

Am Zusammenhang damit stehen noch weitere Reformpläne, um a. haben auch die großen Ausschüsse geteilt, daß hier viel Kraft nutzlos verbraucht wird, weil jede Partei Wert darauf legt, ihren eigenen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Zimmer neue Sammlungsbestrebungen.

Die Suche nach einer starken Mittelfraktion.
Berlin, 19. September.
Prominente Politiker vertreten die Meinung, daß es sehr zweckmäßig sein würde, wenn man gegenüber den großen Fraktionen der sozialistischen Parteien und desentrums auch eine umfassende, geordnete bürgerliche Fraktion im Reichstag schaffen könnte.
In diesem Zusammenhang wird behauptet, daß der Führer der D. V. P., Dr. Scholz, die Absicht verfolgte, die bürgerlichen Mittelparteien, Deutsche Volkspartei, Staatspartei und Wirtschaftspartei zusammenzuschließen. Auch

wird das Gerücht verbreitet, daß man zu der vorerwähnten Rechtsfraktion die D. V. P. und die Wirtschaftspartei geben könne, womit eine starke bürgerliche Rechtspartei von annähernd 90 Sitzen entstehen würde. Ferner verläutet, Dr. Scholz wolle von der Leitung der Deutschen Volkspartei zurücktreten, was auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei kurz vor der ersten Reichstags-Plenarsitzung bekannt gegeben werden sollte. Als Nachfolger Dr. Scholz für die Parteiführung nennt man die Abgeordneten Dingeldey und von Sachse.

Schließlich sei noch erwähnt, daß man auch einen Zusammenstoß der Fraktionen Augenberg und Hiller für möglich hält, um auf diese Weise die stärkste Fraktion im Reichstags zu erzeugen, welchen Platz bei Verwirklichung dieser Idee die Sozialdemokratie in der Tat verlieren würde.
Auf diesem Wege wäre es nicht nur möglich, daß die äußerste Rechte das Prästium des Reichstags erhält, sondern auch daß sie die Führung der neuen Reichsregierung beanpruchen könnte.

Hitter über den Wahlsieg.

Der Kampf geht weiter.
München, 18. September.
In dem überfluteten Gebäude des Zirkus Krone sprach Adolf Hitter über das Thema „Nach dem Siege — hinter den Jahn stehen!“ Hitter begründete bei seiner Rede den Wahlsieg der Nationalsozialisten bei den Wahlen vom 14. 9. als einen Anfang im Kampfe um die Erringung der Macht im Staat auf dem legalen Boden der Verfassung und erklärte ferner, daß die Nationalsozialisten Revolutionäre seien, aber nicht Revolutionäre im Sinne eines Putsches, einer Revolution oder eines Umsturzes, sondern Revolutionäre des Geistes. Bemerkenswert war außerdem, daß Hitter in seiner Rede etwaige Koalitionsmöglichkeiten in seiner Weise erwähnte, so daß daraus zu schließen ist, daß die Nationalsozialisten sich in dieser Richtung jedenfalls freie Hand vorbehalten wollen. Hitter wies weiter auf die S. 9. und S. 6. Sätze, meißer Diktat zu bringen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Der Kampf dürfe keine Sekunde erlahmen.

Der Reichsetat im Juli.

Die Recheinnahmen und -ausgaben.
Berlin, 19. September.
Nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums betragen die Einnahmen des Reiches im ordentlichen Haushalt im Juli dieses Jahres 1242,2 Millionen RM, denen 1044,6 Millionen RM an Ausgaben gegenüberstanden, so daß sich eine Mehreinnahme von 197,6 Millionen RM. ergab. Seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Juli beliefen sich die Einnahmen auf insgesamt 3644,7 Millionen RM, denen Ausgaben in Höhe von 3691,9 Millionen RM. gegenüberstanden, was eine Mehreinnahme von 27,2 Millionen RM. ergibt.
Zugänglich eines Fehlbetrages aus den Vorjahren in Höhe von 465 Millionen RM. vor am 31. Juli 1930 im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 492,2 Millionen RM. vorhanden. Im außerordentlichen Haushalt ergab sich im Juli eine Mehreinnahme von 46,3 Millionen RM. und für die Zeit seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Juli eine solche von 487 Millionen RM. Unter Berücksichtigung eines Fehlbetrages aus den Vorjahren in Höhe von 771,7 Millionen RM. hatte daher der außerordentliche Haushalt Ende Juli einen Fehlbetrag von 284,7 Millionen RM. aufzuweisen.

Der Rechenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen betrug am 31. Juli 1930 44 Millionen RM, die schwebende Schuld 1207,3 Millionen RM. gegenüber 1387 Millionen RM. am 30. Juni 1930.

Reichswehrmanöver in Unter-Franken.

Das kleine Heer ist seinen Aufgaben gewachsen.
Koburg, 18. September.
Seit zwei Tagen herrscht in der Gegend zwischen Rittingen, Meinungen und Koburg „Krieg im Frieden“. Zwei „feindliche“ Armeen unter der Führung des Generals der Infanterie Haße und des Generals der Kavallerie von Ranter sind hier zusammengestoßen, nachdem nämlich von Bamberg eine „blaue“ Armee gegen von Weiten vorgeschobene „rote“ Kräfte in Gefechtsberührung gekommen war. Neue „blaue“ Kräfte waren in der Nacht zum 16. September gegen die am Main neu gemeldeten „roten“ Truppen in Marich gekehrt worden. Auch Rot hatte mit neuen Kräften den Vormarsch fortgesetzt, so daß am Morgen des 17. September die von beiden Seiten vorgetriebenen, teils berittenen, teils motorisierten Aufklärungstruppen zusammenstießen. Der ausgezeichnete Nachrichtendienst beider Armeen gestattete den Armeeführern, sich über das Verhalten und über die Absichten des Gegners ein ziemlich genaues Bild zu machen. Um den Vormarsch von Rot zum Stehen zu bringen, warf General Haße mit dem Ziele der Umgehung des linken Flügels des Gegners eine Kavalleriedivision gegen diesen vor, der dazu führte, daß der linke „rote“ Flügel eine 10 Kilometer zurückgenommen werden mußte. Nach Reorganisierung der Kräfte und Verstärkung des linken Flügels gelang es schließlich der „roten“ Armee, diesen Flügels bis zum Abend des 17. September wenigstens zum Teil wieder auszugleichen. Inzwischen hatten sich aber die beiden Armeen auf der ganzen Linie entwickelt und

lieferen sich trotz strömenden Regens einen hartnäckigen Kampf.
Die Aufklärungs- und Nachrichtentruppen fällt bei diesen Übungen eine besonders wichtige Aufgabe zu. Sie haben auf beiden Seiten bisher ausgezeichnet gearbeitet und der Aufmerksamkeit in Fünfteler Fall jede Veränderung auf der Seite des Gegners übermitteln.

Dadurch wurde es möglich, daß trotz der geringen Kräfte, die den beiden Armeeführern zur Verfügung stehen, in Fünfteler Streit an den Brennpunkten der Kampflinie eingeleitet werden konnten. Die Beweglichkeit der Truppen einerseits und die Entschlossenheit der Führer andererseits wurden dabei besonders hohe Forderungen gestellt. Sometich bisher hat überlegen lassen, haben sich alle Führer ihrer Aufgabe in jeder Hinsicht gewandig gezeigt.

Die neue Formel

Einführung des Paneuropä-Ausschusses beschlossen.
Genf, 18. September.
Die Völkerverbundserklärung hat einstimmig und ohne jede Ausprache den Antrag sämtlicher europäischer Mächte auf sofortige Einführung eines aus Regierungsvorstern sämtlicher europäischer Staaten bestehenden Sonderausschusses zur weiteren Behandlung der Paneuropäfrage angenommen.

Der ursprüngliche Antrag ist dahin abgeändert worden, daß der europäische Ausschuss das Recht hat, jenseits sämtlicher außereuropäischer Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes als auch die Regierungen der Nichtmitgliedsstaaten, also auch der Vereinigten Staaten, Sowjetrusslands und der Türkei einzuberufen. Damit ist die allgemeine Ausdehnung der Völkerverbundserklärung über die Paneuropäfrage für dieses Jahr abgeschlossen. Titulescu, der den Antrag zur Abstimmung stellte, wies darauf hin, daß selbstverständlich die Sitzungen des europäischen Ausschusses für sämtliche übrigen Mitglieder des Völkerverbundes offenstehen und diese die Möglichkeit hätten, ihren Standpunkt zu äußern. Der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Ausschusses ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Chinas Kandidatur abgelehnt.

Der Versuch der chinesischen Regierung, einen nichtständigen Sitz im Völkerverbund zu erhalten, ist mißglückt. Die Völkerverbundserklärung hat den Antrag Chinas, noch vor dem tagungsmäßigen Ablauf der dreißigtägigen Frist von neuem in den Völkerverbund gemäß zu werden, abgelehnt.
Die zur Erklärung der Wiederwählbarkeit einer Macht notwendige Zweidrittelmehrheit konnte nicht erreicht werden, da China nur 27 von 48 abgeordneten Stimmen erhielt. Die Ablehnung des chinesischen Antrages wird darauf zurückgeführt, daß die gegenwärtigen interpolitischen Zustände in China keine genügende Gewähr für eine feste Regierung bilden und deshalb die allgemeine Stimmung in der Völkerverbundserklärung für China nicht günstig war.

Kabinettskrise in Brüssel.

Gefahr einer Teilung Belgiens?
Brüssel, 18. September.
Das belgische Parlament nimmt nun seine Arbeit auf, nachdem es sich am 16. September mit einer Mehrheit von 107 Stimmen für die Regierung entschieden hat. Die Regierung besteht aus 15 Ministern, darunter 11 Katholiken und 4 Liberalen. Die Kabinettskrise hat sich in der Nacht zum 16. September entwickelt, als die liberalen Mitglieder des Kabinetts ihre Absichten bekanntgaben, die Regierung zu verlassen. Die liberalen Mitglieder des Kabinetts haben erklärt, daß sie die Regierung nicht verlassen wollen, bis die Regierung die liberalen Mitglieder des Kabinetts nicht wieder in die Regierung einberufen hat. Die liberalen Mitglieder des Kabinetts haben erklärt, daß sie die Regierung nicht verlassen wollen, bis die Regierung die liberalen Mitglieder des Kabinetts nicht wieder in die Regierung einberufen hat.



Wenn ihre Bestimmung „aufgehört“ ist, dann können sie wieder ins Ausland gehen. Söstem. Aber nicht genug. Die Russen haben in Paris z. B. ein riesiges Mietshaus für die